

BETREUUNG

Neue Diskussionen um den Pflege-Tüv

Sieben Monate nach dem Start des Pflege-TÜVs gegen Missstände in Altenheimen wollen die Krankenkassen ungerechtfertigt gute Noten mit einer schnellen Reform verhindern. „Wir benötigen Änderungen“, sagte Karl-Dieter Voß, Vorstand des Kassen-Spitzenverbandes, den Ruhr Nachrichten. Manche Einrichtungen mit der Note „mangelhaft“ in zentralen Bereichen hätten die Gesamtnote „gut“ erhalten – in einem Fall sogar „sehr gut“. „Das ist nicht hinnehmbar“, so Voß.



Es ist das erste Mal, dass die Kassen konkrete Verbesserungen an den neuen Bewertungen der Altenpflege verlangen. Bislang hatten sie lediglich betont, das Notensystem solle im Fall von Problemen verbessert werden. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) hatte

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen ein zuverlässiges Bewertungssystem für diese wichtigen Dienstleistungen. Foto: dpa

den sofortigen Stopp der Kontrollen gefordert, weil selbst akute Missstände in einem Heim durch andere gute Leistungen ausgeglichen werden könnten.

„Die Pflegenoten sind

der richtige Weg“, wandte Voß ein. Die 64 einzelnen Kriterien seien tauglich. Doch trotz schlechten Abschneidens bei Wundliegen, Austrocknen des Körpers oder Mangelernährung schnitten

manche Heime gut ab. „Wir wollen, dass diese Einzelnoten stärker gewichtet werden.“ Voß verlangte Änderungen noch im Frühjahr. Nötig sei aber eine Einigung mit Heimbetreibern und Pflegeanbietern.

Jedes zehnte der geprüften Heime habe nur ein „ausreichend“ oder ein „mangelhaft“ erhalten, berichtete Voß. „Hochgerechnet auf die Gesamtzahl der rund 10 000 Pflegeheime in Deutschland heißt das, dass 1000 nur ausreichend oder schlechter arbeiten.“ Voß bezeichnete dies als Alarmsignal. „Gerade in solchen Einrichtungen muss gehandelt werden.“

Für die Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung sind Änderungen am Pflege-TÜV dringend nötig. „Statt Kuschele muss es K.o.-Kriterien geben“, sagte der geschäftsführende Vorstand Eugen Brysch. Er forderte die Einbeziehung von Verbraucher- und Patientenschützern. „Wenn Krankenkassen und Leistungserbringer nahezu im Alleingang die Prüfkriterien festlegen, dann wird der Bock zum Gärtner gemacht.“ dpa

AM RANDE

Mehr Einschnitte im Sozialetat

Sachsen setzt bei den Sozialausgaben weiter den Rotstift an. Aufgrund der verhängten Haushaltssperre für das laufende Jahr muss das Sozialministerium laut einem Bericht der Leipziger Volkszeitung unter Berufung auf einen internen Brief von Sozialministerin Christine Clauß (CDU) 25 Millionen Euro einsparen. Neben den bereits bekannten Kürzungen beim Ehrenamt, in der Jugendförderung und im Freiwilligen Sozialen Jahr trifft es offenbar auch arme Familien, Behinderte und Ausländer. So sollen die Zuschüsse zum Urlaub für Familien mit geringen Einkommen um 100 000 auf 1,3 Millionen Euro gesenkt werden. In der Suchthilfe fallen angeblich 700 000 Euro Fördermittel dem Rotstift zum Opfer. Bei der Integration Behinderter soll ebenfalls ein sechsstelliger Betrag eingespart werden. Da 80 Prozent ihres Haushalts gesetzlich gebunden seien, sind die Millionen-Löcher „ohne gravierende Einschnitte nicht zu stopfen“, schreibt Ministerin Clauß. Finanzminister Georg Unland (parteilos) hatte im Januar aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise eine Haushaltssperre verhängt. ddp

Mehrheit für Hartz-IV-Debatte

FD-Präsident Guido Westerwelle wird bei seiner Kritik am deutschen Sozialstaat von einer Mehrheit der Bundesbürger unterstützt. Wie das in Mainz veröffentlichte ZDF-Politbarometer ergab, sind in der Debatte um „Hartz IV“ 54 Prozent der Meinung, Westerwelle habe mit seiner Kritik recht, 37 Prozent verneinen dies (weiß nicht: 9 Prozent). Nahezu geschlossen unterstützt wird er dabei von den eigenen Anhängern (91 Prozent) sowie von einem Großteil der CDU/CSU-Anhänger (70 Prozent). Mehrheitlich abgelehnt wird Westerwelles Position von den Anhängern der SPD (51 Prozent), der Linken (62 Prozent) und der Grünen (64 Prozent). In der Beliebtheitskala rutscht Westerwelle dennoch weiter ab. Der Außenminister kommt auf der Liste der zehn wichtigsten Politiker nur noch auf den Rang Neun. An der Spitze rangiert Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), gefolgt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. Hinter Westerwelle rangiert nur noch Oskar Lafontaine als Schlusslicht auf Platz zehn. ddp

DIAKONIE

Kombination der sozialen Dienste gefordert

Die Diakonie hat die Bundesregierung aufgerufen, bei der Zukunft des Zivildienstes für Klarheit zu sorgen. Falls der Zivildienst von neun auf sechs Monate verkürzt werde, müsse es möglich sein, „unmittelbar einen Jugendfreiwilligendienst anzuschließen“.

Diese Umgestaltung des Zivildienstes müsse vom Gesetzgeber finanziert werden, sagte Kerstin Griese, Vorstand Sozialpolitik im Diakonie Bundesverband.

Wo Zivildienstleistende im un-

mittelbaren Dienst am Menschen im Einsatz seien, schaffe die vorgesehene Verkürzung tiefgreifende Probleme, warnte Griese. In der Schwerstbehindertenpflege etwa sei der Wechsel einer Bezugsperson nach sechs Monaten nur schwer vorstellbar. Deshalb

trete die Diakonie für eine Kombination von Zivildienst und Freiwilligendienst ein. Die Bundesregierung müsse schnell handeln, denn eine verkürzte Dienstzeit ab 2011 würde bereits alle Zivildienstleistenden betreffen, die ab April ihren Dienst antreten. epd

SACHSEN

Arbeitslosigkeit im Freistaat weiter gestiegen



Agentur für Arbeit: Weniger Jobs in Sachsen. Foto: ddp

Ende Februar sind in Sachsen 291 965 Frauen und Männer ohne Job gemeldet. Dies sind fast 4600 beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als vor einem Monat, wie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Chemnitz mitteilte. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, sei von 13,4 auf 13,6 Prozent gestiegen. Vor einem Jahr habe es bei einer Quote von 14 Prozent noch 12 452 Arbeitslose mehr gegeben.

Die weitere Zunahme der Arbeitslosenzahl bezeichnete Regionaldirektionschefin Jutta Cordt als „jahreszeitlich üblich“. Bereinigt um die saisonalen Einflüsse, liege die Arbeitslosigkeit auf dem Janu-

ar-Niveau. Vor allem im Baugewerbe, in Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau seien Entlassungen wegen der nicht durchführbaren Außenarbeiten erfolgt. Im Februar hätten sich mehr als 3800 Arbeitnehmer aus Bauberufen und rund 1900 aus der Landwirtschaft arbeitslos gemeldet.

Mit 7070 gemeldeten freien Stellen ist den Angaben zufolge das Angebot gegenüber Januar um rund 950 Stellen beziehungsweise 15,5 Prozent gestiegen. Im Vorjahresvergleich waren es zwei Prozent mehr. Neben Zeitarbeitsfirmen, Gesundheits- und Sozialwesen und verarbeitendem Gewerbe würden auch der Handel, das KFZ-Reparaturgewerbe sowie

Gastronomie verstärkt Mitarbeiter suchen.

Nach Landesdirektionsbezirken weist Dresden mit 1,1 Prozent gegenüber Januar die geringste Steigerung der Arbeitslosigkeit auf. Gegenüber dem Vorjahr verlief die Entwicklung mit minus 3,1 Prozent jedoch am ungünstigsten. In den Direktionsbezirken Chemnitz und Leipzig wurden 4,6 beziehungsweise 4,8 Prozent Arbeitslose weniger gezählt als im Februar 2009.

Im Vergleich der Agenturbezirke hat aktuell Dresden mit 12,1 (Januar 12,0) Prozent die niedrigste und Bautzen mit 14,9 (14,7) Prozent die höchste Arbeitslosenquote. ddp